

Kölner Stadt Anzeiger

Druck auf Verdi im Kita-Tarifstreit

Erstellt 07.08.2015



Der Kita-Streit könnte nach der gescheiterten Konferenz erneut ausbrechen. Foto: dpa
Der Kita-Konflikt war in den letzten Wochen vorübergehend entschärft. Bald könnte er wieder aufflammen, es könnte zu neuen Streiks kommen. In Verdi-Kreisen hieß es am Freitag, die Stimmung sei kritisch. Von [Thorsten Knuf](#), Berlin.

Im eingefrorenen Tarifkonflikt der kommunalen Kita-Beschäftigten bekommt Verdi-Chef Frank Bsirske Druck von Seiten der eigenen Klientel. An diesem Samstag findet in Fulda eine Streikdelegiertenkonferenz statt, auf der darüber befunden werden soll, ob die Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern fortgesetzt wird. Möglicherweise drohen bald wieder neue Ausstände von Erzieherinnen in den Kindertagesstätten. In Verdi-Kreisen hieß es am Freitag, die Stimmung an der Basis sei kritisch.

In der Diskussion um das weitere Vorgehen meldete sich bereits die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten (BAG) zu Wort. Sie machte deutlich, dass sie das Schlichtungsergebnis von Ende Juni rundherum ablehnt und von Gewerkschaftschef Bsirske persönlich ein stärkeres Engagement für die Aufwertung klassischer Frauenberufe erwartet. Die Arbeitsgemeinschaft vertritt nach eigenen Angaben fast 1.900 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte.

„Rückhaltlose Unterstützung“

„Wird jetzt keine deutliche Aufwertung (inhaltlich und finanziell) erreicht, dann steht zu befürchten, dass es auf Jahre keine Bewegung mehr in Richtung besserer Bezahlung geben wird“, schreibt das BAG-Leitungsgremium in einem offenen Brief. Das Ergebnis der Schlichtung sei mehr als enttäuschend und „ein Schlag in das Gesicht der Kolleginnen, eine Ignoranz gegenüber ihren Leistungen und der großen Verantwortung, die sie tragen“.

Von Bsirske selbst erwarte die BAG eine „rückhaltlose Unterstützung“ der Forderung nach angemessener Bezahlung von Erzieherinnen, Kinderpflegerinnen und Sozialarbeiterinnen auch über den gegenwärtigen Konflikt hinaus.

Der Tarifstreit war in den vergangenen Wochen nur vorübergehend entschärft. Schon bald könnte er wieder aufflammen. Eine Mitgliederbefragung von Verdi dazu endete in

dieser Woche. Bei der Streikdelegiertenkonferenz in Fulda soll an diesem Samstag das Ergebnis verkündet werden. Auf dieser Grundlage beraten die 300 Delegierten dann über das weitere Vorgehen.

Die eigentliche Entscheidung darüber liegt bei der Bundestarifkommission von Verdi. Spricht sich aber eine deutliche Mehrheit der befragten Mitglieder sowie der Streikdelegierten dafür aus, den Tarifkonflikt fortzusetzen, wird die Kommission dies kaum ignorieren können.

Höhere Gehaltsgruppen

Nach zahlreichen Verhandlungsrunden und langen, unbefristeten Streiks in Kindertagesstätten hatten die von Gewerkschaften und Arbeitgebern eingesetzten Schlichter Ende Juni einen Vorschlag zur Beendigung des Tarifkonflikts unterbreitet: Sie empfahlen Gehaltszuwächse von 2 bis 4,5 Prozent je nach Gehaltsgruppe.

Die Gewerkschaften wollen für die rund 240.000 Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen aber eigentlich grundlegende Verbesserungen erreichen und forderten, dass alle Mitarbeiter in höhere Gehaltsgruppen eingestuft werden. Dies sollte jedem von ihnen im Schnitt Gehaltserhöhungen von zehn Prozent bringen.

Nach der Vorlage des Schlichterspruchs machte die Verdi-Basis ihrer Gewerkschaftsführung deutlich, dass sie den Kompromissvorschlag für unzureichend hält. Bsirske hingegen hätte den Tarifstreit gern beendet. Als Ausweg wurde die fünfwöchige Mitgliederbefragung anberaumt, die mitten in den Sommerferien stattfand.

Die kommunalen Arbeitgeber sind bereit, den Schlichterspruch zu akzeptieren. Unabhängig vom Ausgang des Mitgliedervotums bei Verdi sollen die Verhandlungen am 13. August wieder aufgenommen werden. Als Schlichter fungierten in der Auseinandersetzung der ehemalige Oberbürgermeister von Hannover, Herbert Schmalstieg (SPD), sowie der ehemalige sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU).

Es fehlt an Personal und an Geld

Im Kern geht es in der Auseinandersetzung um die Frage, ob der Staat einer guten Bildung und Erziehung tatsächlich Vorrang einräumt und auch bereit ist, dafür mehr Geld auszugeben. Erzieherinnen sind trotz ihrer anspruchsvollen Tätigkeit vergleichsweise schlecht bezahlt, was die Attraktivität des Berufes erheblich mindert. Die Kommunen als Arbeitgeber verweisen auf ihre angespannte Haushaltslage. In etlichen Kindertagesstätten fehlt es an Personal. Laut einer Analyse der Bertelsmann-Stiftung müssten bundesweit 120.000 Erzieherinnen und Erzieher zusätzlich eingestellt werden, um überall eine hochwertige frühkindliche Bildung anzubieten.

Aufgrund der jüngsten Streiks hatten zahlreiche berufstätige Eltern zeitweise erhebliche Probleme, eine Betreuung ihre Kinder sicherzustellen. Grundsätzlich unterstützen jedoch viele Eltern das Anliegen der Erzieherinnen. Betroffen von den Ausständen waren ausschließlich Kitas kommunaler Träger, nicht aber solche, die etwa von Kirchen oder Sozialverbänden betrieben werden.

Auch an der Bundeshauptstadt Berlin ging der Tarifkonflikt weitgehend vorbei: Die Kitas des Landes unterliegen nicht dem kommunalen Tarifrecht, sondern dem der Länder. Ausstände gab es lediglich in den sieben Kindertagesstätten des Berliner Studentenwerks.

AUTOR



[Thorsten Knuf](#)

Politik-Redakteur

http://www.ksta.de/wirtschaft/neue-kita-streiks-drohen-druck-auf-verdi-im-kita-tarifstreit,15187248,31412262.html?piano_t=1